

Ergebnisse und Materialien

Ausgabe Nr. 19, erscheint online am 29. Juni 2025 sowie als Beilage zu den Politischen Berichten Nr. 3/2025

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, (E.i.S.).Redaktion Christoph Cornides (V.i.S.d.P), Eva Detscher

Anmerkung: Zur Jahrestagung 2024 erschien kein gesondertes Berichtsheft, die Ergebnisse wurden in der Ausgabe Nr. 3/2024 (Seite 24) der Politischen Berichte mitgeteilt.

Dokumentation zur Jahrestagung des Vereins für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 5./6. April 2025 in Mannheim – Inhalt:

Dokumentiert: Einladung zur Jahrestagung	1	Linke Politik in Institutionen der EU und in Zusammenarbeit mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen.
Protokoll der Jahrestagung.	1	Insbesondere mit Blick auf friedenspolitische Ansätze und Konzepte. (EU, USA, Uno, andere). Überarbeiteter Bericht, 4.5.2025.
Antrag zum Kassenbericht	3	Berichterstattung: Michael Juretzek
Dokumentiert Kassenbericht und Jahresplanung.	3	5
Erläuterungen zum Kassenbericht und Jahresplanung. Alfred Küstler	3	Gegen die Religionsblindheit bei der Linken. Warum eine neue überarbeitete Auflage des Themenheftes „Religionsfreiheit und linke Politik“ in dieser Zeit notwendig ist. Helmut Lechner.
Diskussionsbeitrag zum Haushalt und zur Fortführung der Politischen Berichte. Martin Fochler	4	6

Dokumentiert: Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation – Einladung zur Jahrestagung vom 5./6. April 2025 in Mannheim

Die Jahrestagung des Vereins wird hybrid durchgeführt. Online-Teilnehmende können an Diskussionen und Abstimmungen teilnehmen.

Tagungsort ist Mannheim, Kinder- und Jugendbildungshaus Kaisergarten, Zehnstr. 28, 68169 Mannheim.

Samstag, 5. April

13 Uhr Eröffnung, Organisatorisches

13.30 bis 15.30 Uhr:

- Nach den Wahlen zum Bundestag und in Hamburg: Verschiebungen im Gefüge der öffentlichen Meinung(en) und Wirkungen im Parteiensystem, insbesondere mit Blick auf Aufgaben und Aussichten der Partei Die Linke und Konsequenzen für die Arbeit des Vereins.
- bis 16 Uhr Kaffeepause

16 bis 18 Uhr

- Nationalismus als Ideologie, Protektionismus als Strategie zur Problemlösung zu Lasten anderer. Zerstörung global wirkender Regeln und Institutionen. Rechtfertigende Theorien.
- Die Verteidigung der Institutionen und die Arbeit an Regeln globaler Zusammenarbeit als Aufgabe linker Politik sowie

Vermittlung wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge (Theorien der regelbasierten Zusammenarbeit).

Sonntag, 6. April

9 bis 10 Uhr Vereinsangelegenheiten:

Berichte des Vorstands, Haushaltsbericht 2024 und Haushaltsbeschluss 2025, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte (Konzept und Arbeitsorganisation).

Wahlen: Präsidium, Vorstand (Sprecherin, Sprecher, Schatzmeister, weitere Mitglieder); Kassenprüfung. Beauftragungen von Herausgeberschaft und Redaktion Politische Berichte.

10 bis 12 Uhr

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“ der Linken insbesondere hinsichtlich Projekt Solidarisches Europa:

- Sachstand Linke Politik in Institutionen der EU und in Zusammenarbeit mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Insbesondere mit Blick auf friedenspolitische Ansätze und Konzepte. (EU, USA, UNO, andere).

Brigitte Wolf, Christoph Cornides, Präsidium

Protokoll der Jahrestagung des Vereins Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 5./6. April 2025 in Mannheim

Die Jahrestagung des Vereins wurde hybrid durchgeführt. Online-Teilnehmende konnten an Diskussionen und Abstimmungen teilnehmen.

Samstag, 5.4.25

In Mannheim anwesend: 19 Vereinsmitglieder / per Livestream beteiligt: 3 Vereinsmitglieder.

1. *Nach den Wahlen zum Bundestag und in Hamburg: Verschiebungen im Gefüge der öffentlichen Meinung(en) und Wirkungen im Parteiensystem, insbesondere mit Blick auf Aufgaben und Aussichten der Partei Die Linke und Konsequenzen für die Arbeit des Vereins.*

In der ausführlichen Diskussion wird von verschiedenen Mitgliedern herausgestellt, dass es für die Linke jetzt darauf ankommt, eine Praxis zu entwickeln, wie die AfD wieder kleiner gemacht werden kann. Einigkeit herrschte darin, dass es vorteilhaft ist, wenn dabei der Schwerpunkt auf praktische Schritte für Verbesserungen wie im 100-Tageprogramm beschrieben gelegt wird. Siehe dazu: Politische Berichte 2/25, Seite 29: Christiane Schneider: „AfD gestärkt – Was tun?“

2. *Nationalismus als Ideologie, Protektionismus als Strategie zur Problemlösung zu Lasten anderer. Zerstörung global wirkender Regeln und Institutionen. Rechtfertigende Theorien. Die Verteidigung der Institutionen und die Arbeit an Regeln glo-*

baler Zusammenarbeit als Aufgabe linker Politik sowie Vermittlung wirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge (Theorien der regelbasierten Zusammenarbeit).

Nach einem Einstiegsreferat von Martin Fochler entwickelt sich eine lebhafte Diskussion.

Sonntag, 6.4.25

In Mannheim anwesend: 19 Vereinsmitglieder / per Livestream beteiligt: 3 Vereinsmitglieder.

3. Vereinsangelegenheiten

3.1 Berichte des Vorstands, Haushaltsbericht 2024 und Haushaltsbeschluss 2025, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte (Konzept und Arbeitsorganisation).

Der Kassenbericht 2024 und der Finanzplan 2025 lagen vor und wurden von Alfred Küstler erläutert. Eine Diskussion wird zu folgendem Absatz geführt:

„Vermögensentwicklung: Die Rücklage wird um den Verlust von voraussichtlich 5500 Euro vermindert und beträgt dann noch ca. 4000 Euro. Das Vereinsvermögen bleibt bei rund 11 000 Euro. Wenn Einnahmen und Kosten in den folgenden Jahren fortgeschrieben werden, wäre eine Finanzierung der Vereinstätigkeiten noch für zwei bis drei weitere Jahre gewährleistet bis einschließlich 2028.“

In dieser Diskussion hält Martin Fochler einen Beitrag zur möglichen Rolle der Politischen Berichte und des Vereins in der Phase des großen Mitgliederzuwachses der Linken während des Bundestagswahlkampfes und danach. In den nächsten zwei bis drei Jahren würde sich dann entscheiden, ob Leute diese Arbeit fortsetzen wollten und dann die finanziellen Mittel dafür aufbringen würden oder eben nicht.

Der Bericht über die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2024 von Matthias Paykowski und Bruno Rocker lag vor.

3.1 Anträge:

1. Die Mitgliederversammlung billigt den Kassenbericht für das Jahr 2024 und beschließt entsprechend dem Votum der Finanzprüfung die Entlastung des Vorstands.

2. Die Mitgliederversammlung beschließt den Finanzplan für das Jahr 2025.

Beide Anträge werden einstimmig ohne Enthaltung beschlossen.

3.2 Vorschlag für ein Themenheft zu linker Religionspolitik

Helmut Lechner trägt den schriftlich vorliegenden Vorschlag vor. In der Diskussion wird dieser Vorschlag allseitig begrüßt. Wir wollen versuchen, ein solches Themenheft in Kooperation mit anderen zu erstellen.

3.3 Wahlen

3.3.1 Präsidium

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden für das Präsidium Brigitte Wolf, Christoph Cornides, Barbara Burkhardt und Claus Udo Monica von den Vereinsmitgliedern wiedergewählt. Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Präsidiumstätigkeit.

3.3.2 Vorstand und weitere Vorstandsmitglieder

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden für den Vorstand Brigitte Wolf (Sprecherin), Christoph Cornides (Sprecher) und Alfred Küstler (Schatzmeister) von den Vereinsmitgliedern wiedergewählt.

Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Vorstandstätigkeit. Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden als weitere Vorstandsmitglieder Jörg Detjen, Eva Detscher, Martin Fochler, Rolf Gehring, Thorsten Jannoff, Helmut Lechner, Michael Ohse, Rosemarie Steffens, Christiane Schneider von den Vereinsmitgliedern gewählt.

Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Vorstandstätigkeit.

3.3.3 Kassenprüfung

Ohne Gegenstimme und Enthaltung werden Mathias Paykowski und Bruno Rocker als Kassenprüfer von den Vereinsmitgliedern gewählt.

Die Gewählten erklären die Annahme ihrer Kassenprüfungstätigkeit.

3.3.4 Beauftragungen Herausgeberschaft und Redaktion

3.3.5 Herausgeberkreis Politische Berichte:

Mit der Herausgabe der Politischen Berichte werden beauftragt: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus Udo Monica, Christiane Schneider und Brigitte Wolf.

Die Vereinsmitglieder stimmen dieser Beauftragung ohne Gegenstimmen und Enthaltung zu.

3.3.6 Redaktion Politische Berichte:

Als Mitglieder der Redaktion Politische Berichte werden bestätigt: Für „Titel“: Alfred Küstler (verantwortlich), Martin Fochler. Für „Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft“: Alfred Küstler (verantwortlich), Christoph Cornides. Für „Europa“: Rolf Gehring (verantwortlich), Eva Detscher. Für „Globale Debatten – UN-Initiativen“: Horst-Ullrich Jäckel. Für „Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales“: Thorsten Jannoff (verantwortlich), Jörg Detjen, Horst-Ullrich Jäckel, Bruno Rocker. Für „Kalenderblatt“: Eva Detscher (verantwortlich), Rolf Gehring. Für „Demokratie verteidigen“: Rosemarie Steffens (verantwortlich), Christiane Schneider. Für „Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation“: Martin Fochler (verantwortlich). Für „Solidarisches Europa“: Michael Juretzek (verantwortlich). Für „Beilagenmanagement“: Eva Detscher. Für „Internet und Archiv“: Barbara Burkhardt.

Die Vereinsmitglieder stimmen dieser Bestätigung und Beauftragung ohne Gegenstimmen und Enthaltung zu.

4. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“ der Linken insbesondere hinsichtlich Projekt Solidarisches Europa:

Sachstand Linke Politik in Institutionen der EU und in Zusammenarbeit mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Insbesondere mit Blick auf friedenspolitische Ansätze und Konzepte. (EU, USA, UNO, andere).

Michael Juretzek hält einen Beitrag, der u.a. seinen Artikel „European Left Alliance – Ukrainesolidarität, Verteidigungspolitik, Friedensordnung“ in den Politischen Berichten 2 / 25 erläutert.

Darin schreibt er: „Nach den Europawahlen 2024 gründeten sieben Linksparteien die EUROPEAN LEFT ALLIANCE – FOR THE PEOPLE AND THE PLANET. Sie stellt 18 der 46 Mitglieder der Linksfraktion im EU-Parlament. Dringend zu klärende Differenzen bei Abstimmungen zur Ukrainesolidarität, zu Sanktionen, Waffenlieferungen und zum Recht auf Verteidigung innerhalb der Fraktion waren wohl mitentscheidend für diesen Schritt. Hier einige Positionen aus den Parteien der Allianz.“

Protokoll: Claus Udo Monica

ACHTUNG: Die Arbeitsplattform unseres Verein <https://www.linkekritik.de> muss aus technischen Gründen (neue Versionen der Datenbankprogramme sind nicht mehr abwärtskompatibel) überarbeitet werden. Es kann sein, dass die Neufassung zunächst unter der Adresse „<https://www.linke-kritik.de>“ (beachte das Minuszeichen) erscheinen muss und erst später wieder auf „<https://www.linkekritik.de>“ zurückkopiert werden kann. Die Umarbeitung muss bis Mitte/Ende August fertig sein ...

Einnahmen-Überschussrechnung mit Plan-Ist für das Jahr 2024

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Planbeschluss 2024, Jahrestagung 21.4.24 | Bericht: 01.01.2024 - 31.12.2024

A. Ideeller Tätigkeitsbereich	Ist 2024	Plan 2024	Ist/Plan in %
1. Einnahmen gesamt	24.600,46 €	24.000,00 €	102,5%
Beiträge	24.483,22 €	23.882,76 €	102,5%
Spenden	117,24 €	117,24 €	100,0%
2. Ausgaben gesamt	-5.424,94 €	-5.700,00 €	95,2%
Bankgebühren	-280,72 €	-300,00 €	93,6%
Rechtskosten, Buchhaltung	-348,80 €	-300,00 €	116,3%
Raumkosten Vereinstagung	-1.446,10 €	-800,00 €	180,8%
Technikkosten Vereinstagung	-310,12 €	-1.300,00 €	23,9%
Reisekosten Vereinstagung	-1.610,90 €	-1.200,00 €	134,2%
Übernachtungen Vereinstagung	-1.428,30 €	-900,00 €	158,7%
sonstige Reisekosten	0,00 €	-400,00 €	0,0%
Internet Vorstandstagungen	0,00 €	-500,00 €	0,0%
3. Überschuss/Verlust ideeller Bereich	19.175,52 €	18.300,00 €	104,8%
B. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	Ist 2024	Plan 2024	in %
1. Einnahmen gesamt	7.716,51 €	7.250,00 €	106,4%
Abo Politische Berichte	6.279,80 €	6.450,00 €	97,4%
Beilage ArGe	1.436,71 €	800,00 €	179,6%
2. Ausgaben gesamt	-30.265,73 €	-30.235,00 €	100,1%
Druck Politische Berichte	-1.841,47 €	-2.000,00 €	92,1%
Porto Politische Berichte	-1.497,75 €	-1.600,00 €	93,6%
Druck Beilagen	-394,93 €	-600,00 €	65,8%
Honorare Politische Berichte	-25.616,00 €	-25.616,00 €	100,0%
Software Produktion Politische Berichte	-99,00 €	-99,00 €	100,0%
Internet, Domains u.ä.	-816,58 €	-320,00 €	255,2%
3. Überschuss/Verlust Geschäftsbetrieb	-22.549,22 €	-22.985,00 €	98,1%
C. Gesamtergebnis Verein Überschuss/Verlust	Ist 2024	Plan 2024	
1. Überschuss plus/ Verlust minus	-3.373,70 €	-4.685,00 €	
D. Vermögensrechnung	Ist 2024	Plan 2024	
1. Vortrag Reinvermögen	11.447,43 €	11.447,43 €	
davon Kassenbestand am 1.1.	24.530,46 €	24.530,46 €	
davon Rücklage am 1.1.	-12.784,23 €	-12.784,23 €	
davon Verbindlichkeit am 1.1.	-298,80 €	-298,80 €	
2. Kassenbestand	21.206,76 €	20.144,26 €	
Girokonto	21.194,51 €		
Internetporto	12,25 €		
3. Verbindlichkeiten aus Rechnungen 31.12.	-348,80 €		
4. Rücklage am 31.12.	9.410,53 €	8.696,83 €	
Entnahme für Verbindlichkeiten GNN	0,00 €	0,00 €	
Entnahme Verlustausgleich	-3.373,70 €	-4.685,00 €	
5. Reinvermögen am 31.12.	11.447,43 €	11.447,43 €	

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation 19. Februar 2025

Kassenbericht 2024 und Plan 2025

Finanzplan 2025

Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

A. Ideeller Tätigkeitsbereich	Plan 2025	Ist 2024
1. Einnahmen gesamt	24.000,00 €	24.600,46 €
Beiträge	23.882,76 €	24.483,22 €
Spenden	117,24 €	117,24 €
2. Ausgaben gesamt	-5.220,00 €	-5.424,94 €
Bankgebühren	-300,00 €	-280,72 €
Rechtskosten, Buchhaltung	-350,00 €	-348,80 €
Raumkosten Vereinstagung	-800,00 €	-1.446,10 €
Technikkosten Vereinstagung	-400,00 €	-310,12 €
Reisekosten Vereinstagung	-1.700,00 €	-1.610,90 €
Übernachtungen Vereinstagung	-1.500,00 €	-1.428,30 €
sonstige Reisekosten	0,00 €	0,00 €
Internet Vorstandstagungen	-170,00 €	0,00 €
3. Überschuss/Verlust ideeller Bereich	18.780,00 €	19.175,52 €
B. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	Plan 2025	Ist 2024
1. Einnahmen gesamt	7.600,00 €	7.716,51 €
Abo Politische Berichte	6.200,00 €	6.279,80 €
Beilage ArGe	1.400,00 €	1.436,71 €
2. Ausgaben gesamt	-31.945,00 €	-30.265,73 €
Druck Politische Berichte	-1.850,00 €	-1.841,47 €
Porto Politische Berichte	-1.600,00 €	-1.497,75 €
Druck Beilagen	-400,00 €	-394,93 €
Honorare Politische Berichte	-27.696,00 €	-25.616,00 €
Software Politische Berichte	-99,00 €	-99,00 €
Internet, Domains u.ä.	-300,00 €	-816,58 €
3. Überschuss/Verlust Geschäftsbetrieb	-24.345,00 €	-22.549,22 €
C. Gesamtergebnis Verein Überschuss/Verlust	Plan 2025	Ist 2024
1. Überschuss / Verlust	-5.565,00 €	-3.373,70 €
D. Entwicklung Vereinsvermögen	Plan 2025	Ist 2024
1. Vortrag Reinvermögen 1.1.	11.447,43 €	11.447,43 €
davon Kassenbestand am 1.1.	21.206,76 €	24.530,46 €
davon Rücklage am 1.1.	9.410,53 €	12.784,23 €
davon Verbindlichkeiten am 1.1.	348,80 €	298,80 €
2. Kassenbestand per 31.12.	15.292,96 €	21.206,76 €
3. Verbindlichkeiten am 31.12.	0,00 €	-348,80 €
4. Rücklage am 31.12.	3.845,53 €	9.410,53 €
Verlustausgleich	5.565,00 €	3.373,70 €
5. Reinvermögen am 31.12.	11.447,43 €	11.447,43 €

Erläuterung Kassenbericht

Alfred Küstler, Schatzmeister (mit Korrekturen vom 19.2.2025)

Die Einnahmen im ideellen Bereich liegen leicht über dem Plan. Spenden sind der nicht einzelnen Mitgliedern zuordenbare Teil der Sammelüberweisung von Beiträgen aus Hamburg. Die Einnahmen im wirtschaftlichen Betrieb liegen leicht über Plan (höhere Einnahmen für ArGe-Rundbrief).

Die Ausgaben für den ideellen Bereich für die Vereinstagung liegen höher als geplant (verspätete Rechnung für die Raumkosten 2023, höhere Übernachtungs- und Reisekosten).

Sonstige Reisekosten und Technikkosten sind geringer. Die

Ausgaben im wirtschaftlichen Betrieb liegen im Plan mit Verschiebungen zwischen den Ausgabenbereichen. Höhere Ausgaben fürs Internet sind durch eine nötige Software-Umstellung beim Internetarchiv bedingt. Das Gesamtergebnis ist ein Verlust von 3.373,70 Euro, der durch Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen wird. Die Rücklage sinkt damit auf 9.410,53 Euro. Das Vermögen des Vereins bleibt bei 11.447,43 Euro.

Der Kassenbestand beläuft sich auf 21.206,76 Euro.

Plan 2025: Ideeller Bereich: Die Mitgliedsbeiträge werden fort-

geschrieben, in Erwartung eines geringen Rückgangs (Sterbefälle, Beitragsreduktionen). Bei den Ausgaben wird von einer Jahresversammlung in Präsenz (plus Online) ausgegangen mit Räumlichkeiten ähnlich wie im Jahr 2024 und Übernachtungen im Hotel. Für die Vorstandstagungen wird von Online-Tagungen ausgegangen, daher keine Fahrtkosten dafür. Die Verbindungskosten für Vorstandstagungen sind die Kosten für einen Zoom-Zugang.

Geschäftsbetrieb:

Bei den Abo-Erlösen wird von weiter leicht sinkenden Abonnentenzahlen ausgegangen. Bei den Ausgaben wird mit gleichbleibenden Druckpreisen gerechnet und zwei vom Verein zu finanzierenden Beilagen von 16 bis 20 Seiten (Ist 2024: keine Beilage) sowie zwei Rundschreiben der Linke-ArGe Konkrete Demokratie (Ist 2023: 2 Beilagen mit je 20 Seiten).

Die Portokosten steigen wegen Erhöhungen durch die Post AG. Die Honorare für die Erstellung und redaktionelle Betreuung der Politischen Berichte und Beilagen steigen, da ein bisheriger

Honorarverzicht entfällt. Die Kosten für das Internetarchiv müssen höher angesetzt werden, da erneut eine Software-Umstellung ansteht.

Vermögensentwicklung:

Die Rücklage wird um den Verlust von voraussichtlich 5500 Euro vermindert und beträgt dann noch ca. 4000 Euro. Das Vereinsvermögen bleibt bei rund 11000 Euro. Wenn Einnahmen und Kosten in den folgenden Jahren fortgeschrieben werden, wäre eine Finanzierung der Vereinstätigkeiten noch für zwei bis drei weitere Jahre gewährleistet bis einschließlich 2028.

Mitgliederentwicklung:

Der Verein hat 66 Mitglieder (Vorjahr 68). Im Berichtszeitraum sind zwei Mitglieder verstorben.

Auflagenentwicklung Politische Berichte:

Die Politischen Berichte haben zum 1.1.2025 148 Bezieher, davon 22 Frei-/Austauschabonnenten. Die Auflage beträgt 197 Exemplare (161 davon bezahlt). Im Vorjahr waren es 157 Bezieher mit 208 Exemplaren (171 bezahlt).

Bericht über die Prüfung der Vereinsfinanzen für das Jahr 2024

1. Die Prüfung der Vereinsfinanzen wurde von den gewählten Kassenprüfern Matthias Paykowski und Bruno Rocker online durchgeführt. Der Onlinezugang stand den Kassenprüfern seit dem 4. Februar 2025 zur Verfügung. Prüfungsgegenstand war die Einnahmenüberschussrechnung für das Jahr 2024, endend mit einem Verlust von 3.373,70 Euro.

2. Der Online-Zugang erstreckte sich hinsichtlich der Rechnungslegung auf das Journal und die Konten der Buchhaltung

sowie auf die Belege zu den Einnahmen und Ausgaben vom 1.1.2024 bis 31.12.2024. Einzelne Buchungen und die jeweiligen Belege wurden stichprobenartig geprüft. Die Buchungen stimmten mit den Belegen überein. Der in der Buchhaltung ausgewiesene Bestand des Girokontos von 21.194,51 Euro stimmt mit dem Bestand laut Kontoauszug 12 der Postbank vom 31.12.2024 überein. Es gab keine Beanstandungen. Wir beantragen die Entlastung des Vorstands. (4.3.2025)

Diskussionsbeitrag zum TOP Haushalt, Fortführung der Politischen Berichte 2025/2026

Martin Fochler (Politische Berichte Bereich Diskussion Dokumentation, Archiv)

Neue Herausforderungen – bewährte Praxis der Beobachtung

In der – in Monaten und Jahren gerechneten – nahen Zukunft wird sich – nicht nur in der BRD – eine Neuformierung organisierter linker Politik ereignen. In der BRD hat die Mobilisierung der autoritär-völkischen AfD eine linke Gegenmobilisierung hervorgerufen, die sich auch in Zugewinnen der Partei Die Linke bei den Wahlen und Zustrom von Aktiven ausdrückt und erkennbar zu einer neuen Strukturierung von Inhalten, Parteiaktivitäten und parlamentarischen Auftritten führt.

Was kann unser kleiner „Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ dabei tun?

In einer Zeit der Restrukturierung zeigen sich in der politischen Praxis neue Ansätze oder auch neue Kombinationen tradierter Verfahren, sie können sowohl übersehen wie überschätzt werden. In unserem Arbeitszusammenhang pflegen wir seit Jahrzehnten das Handwerk der Beobachtung politischer Ereignisse und Strategien und wenn wir unsere Aufmerksamkeit anspannen, können wir dazu beitragen, dass solche Ansätze diskursiv verarbeitet werden.

Globale Diskurse

1| Besonderen Aufwand verlangt z.B. die Beobachtung der globalen Diskurse, die rund um die UNO stattfinden bzw. an deren Institutionen adressiert werden sowie die Debatten, die sich um die und in den EU-Institutionen entwickeln.

A| Diskursraum „Europa/EU“:

Die staatenübergreifende Meinungsbildung ist nicht gut ausgeleuchtet, in den Fokus kommt, was nationalstaatliches Interesse

tangiert. Der Blick auf die Einrichtungen, die Staaten und Gesellschaften verbinden, muss trainiert werden.

B| Diskursraum „Globale Welt/UNO“:

In der öffentlichen Meinung ist die Notwendigkeit globalen Zusammenwirkens weithin anerkannt, die dazu erforderlichen interkulturellen Diskussionen und zwischenstaatlichen Verhandlungen erscheinen aber weit weg ...

Teilhabe an der politischen Meinungs- und Willensbildung erscheint zunächst als Frage des Zeitmanagements. Bei der Verarbeitung durch das Publikum wie bei der Bereitstellung der Informationen, geht es um das knappe Gut der Aufmerksamkeit. Eine noch höhere Hürde besteht in der andersartigen Eigenlogik der zwischenstaatlichen und globalen Meinungs- und Willensbildung. Die beteiligten Akteure können Vertragswerken beitreten und diese auch verlassen. Die darin vereinbarten Praktiken können mit Gewinn befolgt, aber nicht aufgezwungen und durchgesetzt werden. Gleichwohl wirken auch solche Regeln auf die Verhältnisse in den Staaten und fordern eine Positionierung linker politischer Kräfte.

Die Rahmung diese Diskurse hat manche Ähnlichkeit mit der der Form des Vereins, der sich durch Werbung für den Vereinszweck und Ermunterung zum Mitmachen stabilisiert.

Überlappung der Diskursräume

Es zeigt sich, dass die großen Deklarationen, die den „Vereinszweck“ – etwa der UNO, aber (viel detaillierter und verbindlicher, wenn man so will, „staatsähnlicher“) auch der EU umreißen, von den Parteien gerne als „Gedöns“ abgetan werden – zivilgesellschaftlichen Organisationen buntverschiedenster Art Möglichkeiten bieten, auf die globale oder auch europaweite

Meinungsbildung einzuwirken, was umgekehrt die Legitimation solcher Einrichtungen in den zivilen Gesellschaften stärkt. So ist gut verständlich, dass UNO wie EU solchen Organisationen erhebliche Möglichkeiten des Mitwirkens einräumen.

Damit ist eine Überlappung der Diskursräume gegeben, denn diese zivilgesellschaftlichen Organisationen wirken sowohl im nahen durch Gesetzgebung und -vollzug bestimmten politischen Raum wie auch im politischen Feld für global und staatsübergreifend formulierbare Ziele.

Wenn linke Politik sich mit den Willensbildungsprozessen in diesen fernen Diskursräumen auseinandersetzt, kann sie einen enormen Erkenntnisvorsprung gewinnen. Sie kann z.B. zeigen, dass ein Zielwert wie „soziale und politische Emanzipation der

arbeitenden Klassen“ sich am besten durch Verständigung über globale Regelungen fördern lässt. Und sie kann lernen, dass bei der Beurteilung von Streitfällen, die im zwischenstaatlichen Verkehr auftreten, die Meinungsbildung durch Diskurse im eigenen Nationalstaat nicht abgeschlossen werden kann. Die UNO-Vollversammlung und das Europaparlament sind Einrichtungen, die „Arenen“ der Diskurse geschaffen haben, welche eine Erweiterung des politischen Horizonts der politischen Parteien erfordern und ermöglichen.

Wir haben, insbesondere mit dem Projekt „Solidarisches Europa“ und der Einrichtung des Redaktionsbereichs „Globale Debatten“ versucht, dieser Problemstellung Rechnung zu tragen.

*Die Verwendung des Ausdrucks „Arena“ soll an die von Habermas in den frühen 1960ern veröffentlichter Schrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ erinnern, an die eine Auseinandersetzung mit dem heute zu beobachtenden neuerlichen Strukturwandel jedenfalls im deutschen Sprachraum anknüpfen kann und sollte. In diesem Zusammenhang die Auskunft des von MS gestellten „Co-Piloten“ zu den Stichworten Habermas, Arena, Diskursräume: „Jürgen Habermas verwendet den Begriff „Arena“ tatsächlich in einem erweiterten Sinne, um verschiedene Diskursorte zu beschreiben, die nebeneinander existieren und miteinander interagieren können. Besonders in seinem Werk

„Faktizität und Geltung“ wird die Idee eines pluralistischen Diskursraums deutlich, in dem unterschiedliche Akteure auf verschiedenen Ebenen – lokal, national und global – miteinander kommunizieren und argumentieren.

Die erwähnten Beispiele, wie die Diskurse rund um die UNO oder die EU, passen gut in diesen Kontext. Habermas betont, dass solche Arenen durch kommunikative Rationalität geprägt sein sollten, um legitime Entscheidungen zu ermöglichen. Diese Arenen sind nicht isoliert, sondern stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang, was die Komplexität moderner Gesellschaften und ihrer politischen Strukturen widerspiegelt.“

Jahrestagung Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Mannheim 5./6.4.2025

Sachstand Linke Politik in Institutionen der EU und in Zusammenarbeit mit Parteien und zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Insbesondere mit Blick auf friedenspolitische Ansätze und Konzepte (EU, USA, Uno, andere)

Michael Juretzek, überarbeiteter Bericht, 4.5.2025

Vorweg eine kurze Beschreibung der mir bekannten Situation innerhalb der Linksfraktion im Europäischen Parlament (Quelle ist der Artikel von Janis Ehling, Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke sowie Mitglied im Vorstand und im Sekretariat der Europäischen Linken, vom 13.9.2024 auf der Plattform LINKS BEWEGT mit dem Titel „Europäische Linke oder European Left Alliance – Spaltung oder Aufbruch?“)¹

Die 2004 gegründete europäische Partei European Left (EL) ist aktuell im Europäischen Parlament mit 6 Abgeordneten aus zwei Parteien, Die Linke und Syriza, vertreten. Im August 2024 gründete sich aus ehemaligen Mitgliedern der EL und neu ins Parlament gewählten Abgeordneten die Partei EUROPEAN LEFT ALLIANCE – FOR THE PEOPLE AND THE PLANET (ELA). Sie ist mit 18 Abgeordneten aus 7 Mitgliedsländern in der 46köpfigen Linksfraktion vertreten.

Ehling schlägt in dieser Situation vor, die Partei solle sich Zeit zur Diskussion nehmen, die Entwicklung beider Parteien genau beobachten und auf „einem Parteitag die Mitgliedschaft der Linken in einer der beiden europäischen Linksparteien klären“.

Neben dem Erlahmen der Parteitätigkeit – Arbeitsgruppen zu verschiedenen Politikfeldern, internationale Veranstaltungen zur Positionsbestimmung und Strategiedebatte fanden nicht mehr statt – wurden im Vorfeld der ELA-Gründung schwerwiegende Differenzen bei der Einschätzung und den Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg deutlich. Im November 2024 reagierte die EL auf Resolutionen des EU-Parlaments für weitere Waffenlieferungen mit einer Erklärung „STOP THE WAR“²: „Während die Spannungen zwischen Russland und der Nato zu gefährlichen neuen Höhen eskalieren, droht die Gefahr eines umfassenden europäischen – und sogar globalen – Konflikts. Anstatt sich zurückzuziehen, schüren die Hauptakteure die Flammen und rücken die Welt näher an den Rand der Katastrophe“. In den neuen Politischen Berichten (2/25, S.32) sind im Teil Solidarisches Europa demgegenüber einige Positionen von 5 der

7 Parteien der neu gegründeten Allianz ELA zum Angriffskrieg auf die Ukraine, Sanktionen, Waffenlieferungen und einer europäischen Verteidigungs- und Friedenspolitik dokumentiert. Sie stellen Forderungen in einer Bandbreite von Einberufung einer „Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der OSZE und der Vereinten Nationen“ (La France Insoumise) über die Fortsetzung notwendiger Waffenlieferungen (Nordische Grüne Linke) bis hin zu Investitionen in den Verteidigungssektor der Mitgliedstaaten, die „auf der Grundlage einer realistischen Analyse der Bedrohungslage und unserer Möglichkeiten zur Zusammenarbeit festgelegt werden müssen“ (enhedslisten, dänischer EU-Abgeordneter P. Clausen).

Besonders die nordischen Linksparteien (Finnland und Schweden) reagierten auf den Angriffskrieg mit dem Nato-Beitritt) treten unmissverständlich für die politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Ukraine ein, machen sich für eine koordinierte Verteidigungspolitik im Ostseeraum stark und bereiten sich auf Auseinandersetzungen über den Militärhaushalt in ihren Ländern vor.

Im Kapitel Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des EU-Vertrages verpflichten sich alle Mitgliedstaaten zu einer Beistandspflicht bei militärischen Angriffshandlungen. In Artikel 42.7 heißt es: „Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates schulden die anderen Mitgliederstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen“ (Recht auf Verteidigung nach Angriffshandlungen Anderer).

Neben der Bedeutung dieses Artikels für eine zukünftige Mitgliedschaft der Ukraine, hat die neue Bedrohungslage, die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Verachtung multilateraler Verpflichtungen durch die Trump-Administration dazu geführt, dass viele EU-Staaten ihre Sicherheitspolitik neu justieren und eine Verlagerung öffentlicher Ausgaben hin zum Militärbe-

reich verfolgen.

Hier einige Schlagzeilen allein aus dem März:

14.3. Die spanische Regierung unter Ministerpräsident Sanchez versucht, die Opposition von einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP zu überzeugen.

19.3. Die Verteidigungsminister Polens und der baltischen Staaten befürworten den Ausstieg aus der Ottawa-Konvention, die Anti-Personen-Minen verbietet.

26.3. Dänemark plant, die Wehrpflicht für Frauen einzuführen. Im vergangenen Jahr war bereits beschlossen worden, dass der Grundwehrdienst ab August 2026 von vier auf elf Monate verlängert wird. Mit knapp 7 Mrd. Euro zusätzlich „geben wir mehr als 3 % unseres BIP für die Verteidigung aus“ (Ministerpräsidentin Frederiksen).

26.3. Polen will seine Streitkräfte auf 300 000 Soldaten aufstocken und damit die größte Armee Europas stellen und strebt einen Verteidigungshaushalt von 6% des BIP an.

3.4. Griechenland plant, 25 Mrd. in die Verteidigung zu investieren. Zentrales Vorhaben: „Schild des Achilles“ – israelische Luftabwehrsysteme. Aktuell schon 3,5% des BIP für Verteidigung.

Ohne neue Einnahmequellen für die Staatshaushalte zu erschließen, werden die Erhöhungen in den Verteidigungshaushalten einen erheblichen Druck auf die Sozialausgaben, einem Kernanliegen linker Politik, ausüben. Und ohne eine Klärung der Frage, was sicherheits-, verteidigungs- und friedenspolitisch nötig ist, wird die Linke inhaltsleer diesem Druck ausgesetzt sein. Vielleicht kann durch weitere Beobachtung und Dokumentation der Positionen ein Beitrag zur Klärung innerhalb der europäischen Linken geleistet werden.

In einem Schreiben „Debatte über Abstimmungsverhalten der Regierungsmitglieder in MV und HB“ an die Bremer Parteimitglieder zur Vorbereitung der Landesmitgliederversammlung im Mai äußern die beiden Senatorinnen und die LandessprecherInnen: „Jetzt gilt es, in die vielen anstehenden politischen Debatten reinzugehen. Wir sehen dringenden Bedarf auch bei uns, näher an Fragen von Verteidigungspolitik reinzugehen. Was bedeutet die veränderte sicherheitspolitische globale Lage und was sind linke Antworten darauf?“ (Info-Brief, 1. April 2025).

Mögliche konkret zu klärende Fragen von Verteidigungspolitik könnten sein:

1. **Wie steht die Linke zu Art. 42.7 des EU-Vertrages?**
2. **Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Art. 26 GG „Verbot des Angriffskrieges“?**
3. **Braucht es ein „demokratisches Verteidigungskonzept“ versus Interventionsarmee?**
4. **Welche Position hat Die Linke zur Bundeswehr als Parlamentsarmee?**
5. **Welche Kritik gibt es am AfD-Papier „Streitkraft Bundeswehr“ und Großraumkonzepten des Landesverbandes Thüringen³ und von M. Krah?**

Über das hier besonders behandelte Thema hinaus wurden in den PB 6/24 und PB2/25, ausgehend von Initiativen der Zivilgesellschaft wie dem EWSA und FEANTSA, bedenkliche Entwicklungen bei den sozialen Rechten am Beispiel des europäischen Wohnungsmarktes und der zunehmenden Energiearmut behandelt und Gegenpositionen dokumentiert. Durch Darstellung der unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedstaaten und sehr differenzierten Lösungsvorschlägen sich vernetzender Bewegungen wird immer deutlicher, wie sich die EU zu einem Raum „sozialen Lernens“ entwickelt.

1. <https://www.links-bewegt.de/de/article/917.europ%C3%A4ische-linke-oder-european-left-alliance-spaltung-oder-aufbruch.html>
2. <https://www.european-left.org/on-the-brink-of-war-between-russia-and-nato/>
3. <https://www.linkekritik.de/fileadmin/pb2022/pb22-04-i.pdf#page=22>

Gegen die Religionsblindheit bei der Linken

Warum eine neue überarbeitete Auflage des Themenheftes „Religionsfreiheit und linke Politik“ in dieser Zeit notwendig ist

Karl-Helmut Lechner

Die Linke ist in ihrer großen Mehrheit gegenüber dem Aufpoppen von „Religion“ mitten im politischen Kampfgeschehen schlicht hilflos und dabei befangen in der Positionsbildung der Sozialdemokratie im vorletzten und letzten Jahrhundert. Sie war damals im Grunde ausschließlich mit den beiden großen christlichen Amtskirchen und deren Anhängerschaft konfrontiert: Thron und Altar gegen das sich organisierende Proletariat.

In kritischer Auseinandersetzung mit dieser Geschichte möchte ich in darstellen, dass Religion heute mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen eine gleichrangige, berechnete Rolle spielt, dass das emanzipatorische Engagement religiös motivierter Menschen für linke Politik und Zusammenarbeit bedeutsam ist.

Wie wird Religion bei der Linken generell wahrgenommen?

Linkes Selbstverständnis, so meine Beobachtung, ist oft mit einem generellen Ignorieren und vermeintlich besserwisserischen Verachten von Religion verbunden. Ich nenne das „*Religionsblindheit*“. Diese Haltung ist tief in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer kommunistischen Tradition über August Bebel (1840–1913) und W. I. Lenin (1870–1924) begründet. Der Satz „*Religion ist Privatsache*“ gehört zu dieser Geschichte. Ebenso die immer wieder eingeforderte Laizität. Denn sie verhandeln ihr Verhältnis zur Religion im Sinne Feuerbachscher (Ludwig Feuerbach, 1804–1872) Religionskritik abstrakt. Das heißt, sie betrachten und analysieren nicht konkret vorfindliche Religionen, deren jeweilige Verfasstheit und Praxis. Wenn Marx die Religionskritik 1843 für „abgeschlossen“ erklärt hatte, meinte er diese abstrakte Religionskritik der philosophisch-weltanschaulichen Richtung seiner linken Zeitgenossen, der sogenannten Junghegelianer. Marx wollte stattdessen das Augenmerk auf eine neue Art der Religionskritik lenken, die sich nicht mehr auf Religion als falschem Bewusstsein konzentriert, sondern auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die religiöses Bewusstsein überhaupt erst hervorbringen. Das ist mit dem Satz gemeint: „Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.“ Karl Marx ist nicht an Fragen metaphysischer Letztbegründung interessiert – z.B. ob es überhaupt einen Gott gibt. Ihm geht es darum, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

„Religion“ als gesellschaftliches Phänomen – soziologisch beschreibbar – ist heutzutage in vielfältigster pluraler Form vorhanden – auch das ist eine Erfahrung der letzten 200 Jahre – kann daher nicht per Dekret oder sonst wie etwa durch staatliche Maßnahmen aus einer Gesellschaft entfernt werden. Sie ist ein soziales Phänomen, das gemäß ihrem Selbstverständnis allermeist in Gemeinschaft ausgeübt wird. Dabei ist Religion, sind Religionsgemeinschaften, von vorneherein nicht nur entweder reaktionär oder nur fortschrittlich. Nach alter marxistischer Betrachtungsweise gibt es in ihnen „oben“ und „unten“ – „rechts“ und „links“ – reaktionäre Beharrung und emanzipatorischen Fortschritt. Das Milieu religiös gebundener Menschen ist ähnlich ausdifferenziert wie die Gesellschaft, in der sie jeweils leben. Die Unkenntnis über Religion und ihre unreflektierte Ablehnung bei linken Menschen ist m.E. politisch schädlich, weil sie die Chancen, die in der Zusammenarbeit mit fortschrittlichen religiös Gläubigen liegen, verkennt. Allerdings ist sie auch gut

erklärbar. Oft habe ich beobachtet: junge Menschen, die sich von einem patriarchalischen Elternhaus emanzipieren wollen, müssen diese Befreiung meist im Widerspruch zu einer unterdrückerischen religiösen Sozialisation leisten. Nur zu verständlich, dass sie dann erst mal von „Religion“, wie auch immer, die Nase voll haben und bei den Linken nicht nochmals – und dann auch noch positiv – damit konfrontiert werden wollen.

„Gott“ ist ein allgemeiner Funktionsbegriff. „Wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz“ (Matthäus 6, 21). Martin Luther drückte das noch pointierter aus: „Wo Dein Herz ist, da ist Dein Gott“. Ich betrachte den Begriff „Gott“ in seinen Varianten religionswissenschaftlich als religiös definierten Konvergenzpunkt gesellschaftlicher und individueller Abhängigkeiten und Loyalitäten. So betrachtet ist die Aufarbeitung des uralten Satzes aus dem Gründungsparteitag der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ in Gotha im Jahre 1875 „*Religion ist Privatsache*“ für mich zugleich ein Beitrag zu einem Verständnis von *Sozialismus*, das dem Liberalismus von verbrieften, individuellen Menschenrechten *gleichrangig verpflichtet* ist, wie der Transformation der kapitalistischen Produktionsweise und kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.

Natürlich ist Religion meine Privatsache; da hat der Staat nicht in mein religiöses Gemüt hineinzuschnüffeln. Zugleich bezieht sich meine jeweilige Religion auf mein Handeln und ist somit gesellschaftlich. Das emanzipatorische Denken der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Tradition der Arbeiterbewegung der vergangenen zweihundert Jahre und die Spiritualität vieler religiöser Bewegungen erweisen sich so als anschluss- und bündnisfähig.

Im Bundestagswahlprogramm der Linken 2025 heißt es unter dem Stichwort „Religionsfreiheit“ m.E. richtigerweise: „Wir verteidigen das Recht auf Religionsfreiheit“ und weiter: „Wir treten für die institutionelle Trennung von Staat und Religion ... ein.“

Was aber bedeutet das für eine künftige *konkrete Politik*?

Wie steht die Linke zur Subsidiarität, zum Arbeitsrecht in den Kirchen, zum Geld, zur Militärseelsorge, zum Religionsunterricht, zum Kirchenasyl und zu all den anderen verfassungsrechtlichen Privilegien?

Für welche Rechtsform, Verein oder „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (KdöR), tritt sie ein?

Vorrangig ist die Frage nach der *Organisationsform bzw. rechtlichen Verfasstheit und Gleichberechtigung* von Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften.

Es ist wichtig, dass die Linke einen Beitrag dazu leistet, das alte Staatskirchenrecht zu einem modernen Religionsverfassungsrecht weiterzuentwickeln, das die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gleichbehandelt, das für die jeweiligen Mitglieder deren Grundrechte, die Glaubensvielfalt und ihre Selbstbestimmung sicherstellt. Die Homogenität der religiösen Landschaft ist längst zerfallen. Mehr als die Hälfte der Einwohner der BRD sind nicht mehr kirchlich gebunden. Der weltanschaulich-religiöse Pluralismus hat der traditionellen Fixierung auf die beiden großen Kirchen in der religionspolitischen Praxis den Boden entzogen. Insbesondere die Neuordnung der Religionsverfassung durch Einbezug der Muslime ist erforderlich. Damit eröffnen sich zugleich neuartige Konstellationen von gesellschaftlichen Konflikten, für die Regeln formuliert werden müssen.

Die Linke will *keine Weltanschauungspartei* sein. Dennoch gibt es konkrete, hart umkämpfte Politikfelder, die „Anwendungen“ von Bekenntnissen darstellen. Fundamentalistische und reaktionäre Politik wird diese Themen neu aufmachen, um Streit und Spaltung in die Gesellschaft hineinzutragen. Einige sollen hier beispielhaft genannt werden: „Schwangerschaftsabbruch“ und „Sterbehilfe“ – und damit „letzte Antworten“ auf die Frage, wann das Leben beginnt, wann es endet und wer darüber entscheidet.

Sodann der „Werteunterricht“ für alle als Alternative zum Religionsunterricht – und damit die Frage, ob der Staat Werte un-

terrichten darf und woher diese Werte kommen sollen. Schließlich das Sakrale, das „Feierliche“. Welche Ideen hat die Linke für ihre Mitarbeit an einem neuen, pluralistischen Kapitel der öffentlichen Erinnerungs-, Gedenk-, Gedächtnis- und Trauerkultur? Die eingeforderte „Kriegstüchtigkeit“ verlangt nach „Helden“ – Helden aber sterben ... Die Linke wird sich dazu verhalten müssen.

Um diese Fragen zu verstehen, für andere nachvollziehbar zu machen, um politisch für Einverständnis und Akzeptanz werben zu können, ist es wichtig, die Begründungszusammenhänge genau zu kennen. Es geht um das Aufzeigen von Begründungszusammenhängen – nicht um vermeintlich abschließend geklärte Positionen!

Darüber hinaus hier einige Zahlen, die die Größenordnung der bunten Religionslandschaft verdeutlichen sollen:

In der *Europäischen Union* gibt es 151 Kirchen, die unterschiedliche christliche Konfessionen und Gemeinschaften repräsentieren.

Die Kirchen mit den meisten Mitgliedern in der Europäischen Union sind:

- Die *Katholische Kirche*: Sie ist mit Abstand die größte Religionsgemeinschaft in der EU und zählt rund 273 Millionen Mitglieder, was etwa 54 % der EU-Bevölkerung ausmacht.
- Die *Gemeinschaft evangelischer Kirchen* in Europa, die lutherische, reformierte und methodistische Kirchen umfasst, repräsentiert etwa 50 Millionen Mitglieder.
- Die *Anglikanische Kirche* hat rund 26 Millionen Mitglieder.
- *Orthodoxe Kirchen*: Sie sind die drittgrößte christliche Konfession in der EU. Genaue Zahlen variieren, sie sind vor allem in Ländern wie Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Zypern stark vertreten.
- Die nationalen Kirchen Europas haben verschiedene Vertretungen und *Lobbyorganisationen* bei der Europäischen Union, die ihre Interessen vertreten und den Dialog mit EU-Institutionen pflegen.

Zu den wichtigsten gehören:

- *COMECE* (Commissio Episcopatum Communitatis Europensis) : Die EU-Bischöfskommission der katholischen Kirche, gegründet 1980, vertritt die Anliegen der katholischen Bischofskonferenzen aller EU-Mitgliedstaaten. Sie steht im regelmäßigen Austausch mit EU-Beamten und Parlamentariern und arbeitet gemäß der katholischen Soziallehre. Der Sitz der COMECE befindet sich in Brüssel.
- *Kommissariat der deutschen Bischöfe*: Dieses Büro vertritt die Interessen der katholischen deutschen Bischöfe sowohl gegenüber den Verfassungsorganen in Berlin als auch gegenüber der Europäischen Union.
- Die *Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)* unterhält ein eigenes Büro in Brüssel, das die Positionen der evangelischen Kirche gegenüber den EU-Institutionen vertritt.
- Die *Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)*: Diese Organisation repräsentiert orthodoxe, anglikanische, altkatholische und verschiedene protestantische Kirchen. Die KEK hat ihren Sitz in Brüssel und fördert die Einheit der Christen sowie den Dialog mit EU-Institutionen. Sie arbeitet eng mit der COMECE zusammen.

Rechtliche Grundlage ist *Artikel 17 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)*. Er betont die Achtung des Status von Kirchen und religiösen Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten. Die EU greift nicht in nationale Regelungen ein, sondern fördert einen „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ zwischen religiösen Gemeinschaften und europäischen Institutionen.

Fortsetzung S. 8

Um sich eine Vorstellung vom gesellschaftlich-religiösen Leben in der BRD zu machen, hier einige weitere Zahlen.

- *Sonntag für Sonntag* gehen laut Statistik 3,7 Millionen Menschen in die Gottesdienste (Mehr als zum Fußball!)
- Es gibt bei den christlichen sozialen Einrichtungen wie Caritas / Diakonie: 1,3 Millionen Beschäftigte
- In Deutschland leben derzeit etwa 5,5 Millionen Muslime, was einem Anteil von rund 6,6 % der Gesamtbevölkerung entspricht. Diese Zahl umfasst sowohl Menschen mit als auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft.

Islam als größte Minderheit gliedert sich in diese Hauptkonfessionen:

Sunniten:

Die größte Gruppe mit etwa 71-74 % der Muslime in Deutschland. Sie sind in verschiedenen Dachverbänden organisiert, darunter:

- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB)
- Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IRD)
- Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)
- Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD).

Aleviten:

- Die zweitgrößte Gruppe mit etwa 9-13 % Anteil. Sie sind in der Alevitischen Gemeinde Deutschland e.V. (AABF) organisiert, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt ist.

Schiiten: Etwa 4-7 % der Muslime in Deutschland gehören dieser Gruppe an.

- Zwölfer-Schiiten: Die größte Untergruppe, oft iranischer Herkunft.
- Ismailiten (Siebenerschiiten): Eine kleine Minderheit mit etwa 1.900 Anhängern.
- Zaiditen (Fünferschiiten): Vorwiegend jemenitischer Herkunft.

Ahmadiyya Muslim Jamaat: Eine kleinere Gruppe mit etwa 1-2 % Anteil. Sie ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts (KdöR) anerkannt.

Weitere kleinere Gruppen: Sufis, Ibaditen, Zaiditen, und Lahore-Ahmadiyya-Bewegung.

Muslimische Kulturelle und organisatorische Gruppierungen: Neben den konfessionellen Unterschieden gibt es auch Organisationen, die kulturelle oder politische Schwerpunkte setzen:

- Islamische Gemeinschaft Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG): Türkisch geprägt und konservativ ausgerichtet.
- Muslimbruderschaftsnahe Gruppen: Beispielsweise die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V., die ideologisch an die Muslimbruderschaft anknüpft.
- Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland (IGBD): Bosnisch-muslimische Gemeinden.

Die Anerkennung des Islam als legitimer politischer Akteur in dieser Gesellschaft ist dringend erforderlich. Das derzeitige Religionsverfassungsrecht und die dazugehörige Rechtsprechung, die sich an der Geschichte der Kirchen in diesem Land orientieren, machen es islamischen Gemeinden schwer, eine den Kir-

chen vergleichbare Rechtsform zu finden. Das hat viel damit zu tun, dass der Islam in der BRD aus einer Migrationsgeschichte entstanden ist. Prägend sind ethnisch orientierte Verbände mit starkem Bezug zum Herkunftsland. Der für Kirchen typische Denkansatz, um Moslem zu sein müsse man sich in einer real existierende Religionsgemeinschaft (KdöR) organisieren, ist dem Islam vollkommen fremd.

Wir sprechen also bei der „Religiösen Frage“ nicht von einer exotischen, gar zu vernachlässigenden Minderheit in der Bevölkerung der BRD. Bei allem Reden von Säkularisierung und den Austrittswellen aus den christlichen Kirchen: Die Hälfte der Bevölkerung in der BRD ist in irgendeiner Form religiös organisiert bzw. gebunden. Auch wer nicht organisiert ist, hat meist zu dieser Thematik eine Haltung.

Und nicht vergessen werden darf: Die Religion der Rechten.

Für die Linke ist diese andere Art der Wahrnehmung von Religion für ihren Kampf gegen rechte Ideologie wichtig: Die sogenannte „Religionskritik“ bürgerlicher und reaktionärer Kreise muss erörtert und kann nur so substantiell kritisiert werden: z. B. die Islamfeindlichkeit in der AfD-nahen *Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES)*. Denn für die blau-braunen Rechten gewinnt Religion für ihre Identität und Neuformierung mehr und mehr große Bedeutung. Traditionelle linke Religionskritik gewinnt dazu keinen Zugang, wenn sie nicht mit Marx den Weg von der „Kritik des Himmels“ zur „Kritik der Erde“ geht. Das heißt, sie hat die Aufgabe, den Kern der identitätspolitisch-kulturellen Bezugnahme auf die Religion, die Kulturalisierung der gesellschaftlichen Konflikte durch die Rechten, aufzudecken und zu kritisieren.

Die Religion des Christentums ist für die Rechten zu einem Identitätsmarker gemacht worden. Religion dient dazu, das Eigene, nämlich das Christentum, als positive Identifikationsfläche zu nutzen, um sich abzugrenzen: gegenüber dem Fremden, dem Islam, und zweitens gegenüber dem Anderen, dem Judentum. Wenn sie sich dabei auf die Religion des Christentums beziehen, handelt es sich in keiner Weise um eine „Rückkehr der Religion“ – im Gegensatz zur Säkularisierung, – sondern um den Bezug zur Religion als national-kulturellem Identitätsmarker. Es geht ihnen bei ihrem Bezug auf Religion schon gar nicht um Glaubensinhalte, sondern um „Zugehörigkeit“, um zu unterscheiden. „Christentum“ als Identitätsmarker; wer zum „Volk“ gehört und wer eben nicht.

Es geht um die „politische Theologie“ *neurechter Bewegungen* wie bei den „Christen in der AfD“ (ChrAfD), die meinen, sogar jemanden wie Dietrich Bonhoeffer, den christlichen antifaschistischen Widerstandskämpfer, für sich in ihrem Kampf, sie nennen das „Widerstand“ gegen den links-grünen Zeitgeist, vereinnahmen zu können. Sie sprechen angesichts einer postmodernen „Vielfalt des ethno-kulturellen Pluriversums“ gegen die „Vermischung“ und für die „Verteidigung der Differenz“. In Deutschland bedeute dies die „Verteidigung der abendländisch-christlichen Kultur, wobei diese vor allem als Abgrenzungsbegriff gegenüber einer beklagten „Islamisierung“ verwendet wird.

Es geht um ihren, wenn man genauer hinschaut, oft unverhohlenen Antisemitismus. Besonders in den Dokumenten der AfD-nahen Desiderius Erasmus Stiftung überlagern sich ‚deutsche Nation‘ und Christentum. Eine identitätsstiftende Funktion könne das Christentum demnach nur leisten, wenn es z. B. von einer „gewissen Judaisierung des Katholizismus“ Abstand nehme.

Die ersten Auflagen des Themenheftes „Religionsfreiheit und linke Politik“ sind auch außerhalb unseres Vereins und der „Politischen Berichte“ auf Interesse gestoßen und sind inzwischen vergriffen. Ich bin überzeugt, wir können zu diesem Thema mit unseren begrenzten Mitteln durchaus einen nützlichen Beitrag zur allgemeinen Debatte in und bei DER Linken leisten.